

NUMMER 04/13
DATUM 28.06.2013
VERTEILER BuVo, Geschäftsstellenleiter, Geschäftsstellen, Ortsverbände,
Ansprechpartner für Sozialpolitik in den Betriebs- und Dienststellengruppen,
Gewerkschaftssekretäre, Sopo-Verteiler

INHALT

- **Alterssicherung**
 - DGB und Einzelgewerkschaftern fordern Beitragssenkungsbremse!

- **Pflege**
 - Pflegebeirat: Bessere Pflege, aber nicht zum Nulltarif

- **Arbeitsschutz**
 - DGB-Index Gute Arbeit: Nur eine Minderheit der Beschäftigten meint bis zur Rente durchhalten zu können.

Rente, Gesundheit und Pflege sind die großen Herausforderungen der Zukunft!

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften befassen sich aktuell und intensiv mit diesen Themen. Zu der beabsichtigten Rentenbeitragssenkung sowie zu den Empfehlungen des Expertenbeirats zur Ausgestaltung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs haben die Gewerkschaften sich Wort gemeldet:

Alterssicherung

Erneute Rentenbeitragssenkung wäre Brandbeschleuniger für Altersarmut – DGB und Einzelgewerkschaften fordern Beitragssenkungsbremse!

Nach den Berechnungen des Schätzerkreises von Bundesregierung und Rentenversicherung würde es 2014 zu einer erneuten Senkung des Beitragssatzes kommen, wenn die Rechtslage nicht geändert wird. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften fordern die Parteien auf, die positive Finanzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu nutzen, um die Nachhaltigkeitsrücklage zu einer Demografie-Reserve auszubauen und die dringend notwendigen Leistungsverbesserungen zu ermöglichen – anstatt den Beitragssatz noch weiter zu senken.

Dazu sagte Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied, an diesem Mittwoch in Nürnberg:

„Der Beitragssenkungswahnsinn muss endlich aufhören. Eine weitere Beitragssenkung wäre ein Brandbeschleuniger für die ohnehin absehbare Altersarmut. Wer den Rentenbeitrag zum dritten Mal in Folge senkt, kürzt gleichzeitig die Renten der kommenden Generationen. Die Reserven werden dann noch schneller verpulvert sein, so dass es bald Beitragserhöhungen hagelt, während das Rentenniveau weiter abstürzt. Mit einer solchen Rentenpolitik würde die gesetzliche Rente vorsätzlich an die Wand gefahren. Wir fordern deshalb eine Beitragssenkungsbremse.

Die derzeitige gesetzliche Regelung, nach der keine weiteren Reserven aufgebaut werden dürfen, ist angesichts der demografischen Entwicklung und der großen Sicherungslücken völlig anachronistisch und absurd. Wir fordern die Parteien auf, nach der Bundestagswahl die Grundlagen dafür zu legen, die Rücklage der Rentenversicherung wirklich nachhaltig zu einer Demografie-Reserve auszubauen und die dringend notwendigen Leistungsverbesserungen umzusetzen.

Das DGB-Rentenmodell zeigt, dass es mit der Demografie-Reserve möglich ist, zumindest das Rentenniveau auf lange Sicht zu stabilisieren, weitere

Sicherungslücken vor allem in der Erwerbsminderungsrente zu schließen und so Altersarmut vorzubeugen.

Vor allem CDU und CSU müssen sich jetzt bekennen, denn sie können nicht vor der Wahl Verbesserungen bei der Rente versprechen und nach der Wahl den Beitrag senken. Wir fordern von der Union eine klare Wahlaussage.

So lassen sich bessere 'Mütterrenten' und eine bessere Erwerbsminderungsrente nicht finanzieren, wenn der Beitragssatz gesenkt und gleichzeitig der Bundeszuschuss zusammengekürzt wird. Die Ankündigung, dass die Verbesserung der Anerkennung von Kindererziehungszeiten aus dem bestehenden Bundeszuschuss finanziert werden könne, ist ein schlechter Witz, weil es schließlich keinen einzigen zusätzlichen Euro für die Rente gibt. Im Gegenteil: Die Bundesregierung hat in diesem Jahr beschlossen, den Bundeszuschuss zu kürzen.“

Das DGB-Rentenkonzept finden Sie unter: <http://www.dgb.de/-/JLB>

Pflege

Pflegebeirat: Bessere Pflege, aber nicht zum Nulltarif.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Einzelgewerkschaften begrüßen die gestern veröffentlichten Empfehlungen des Expertenbeirats zur Ausgestaltung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Demnach sollen endlich Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz, also z. B. demenziell erkrankte Menschen, einen gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen der Sozialen Pflegeversicherung erhalten. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften fordern eine rasche Umsetzung nach der Bundestagswahl und erwarten, dass die erweiterten Pflegeleistungen vollständig solidarisch ausfinanziert werden.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sagte dazu am Donnerstag in Berlin:

„Die Empfehlung des Pflegebeirats müssen so schnell wie möglich umgesetzt und zu 100 Prozent solidarisch finanziert werden. Es darf nicht wieder passieren, dass die längst überfällige Pflegereform auch in der nächsten Legislaturperiode erneut auf die lange Bank geschoben wird. Es ist gut, wenn 200.000 pflegebedürftige Menschen zusätzlich durch die Pflegeversicherung abgesichert werden und die Betreuung von pflegebedürftigen Menschen mit so genannter eingeschränkter Alltagskompetenz endlich als gleichberechtigte Leistung in der Pflegeversicherung anerkannt wird. Dies ist aber nicht zum Nulltarif machbar. Außerdem muss gute Pflegearbeit besser bezahlt werden. Deshalb begrüßen wir, dass der Pflegebeirat eine kostenneutrale Lösung abgelehnt hat, denn dies wäre eine verkappte Kürzung der Pflegeleistungen.“

Die Bundesregierung muss nun Farbe bekennen, denn die Ausweitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffes kostet inklusive des Bestandsschutzes sowie der Dynamisierung der Pflegeleistungen rund sieben Milliarden Euro. Diese Mehrausgaben sind zwingend erforderlich. Die Belastungen können aber durch eine solidarische Bürgerversicherung Pflege in engen Grenzen gehalten werden und würden für Durchschnittsverdienende nur gut fünf Euro im Monat betragen.“

DGB-Index Gute Arbeit: Nur eine Minderheit der Beschäftigten meint, bis zur Rente durchhalten zu können.

In der aktuellen bundesweiten Repräsentativerhebung des DGB-Index Gute Arbeit „Arbeitsfähigkeit bis zur Rente?“ wurden knapp 5.000 abhängig Beschäftigte nach ihren Arbeitsbedingungen befragt. Nur 42 Prozent gaben an, dass sie davon ausgehen, unter ihren derzeitigen Arbeitsbedingungen ohne Beeinträchtigungen bis zur Rente durchhalten zu können. Dagegen schätzen 47 Prozent der Befragten ihre Arbeitsbedingungen so negativ ein, dass sie sich nicht vorstellen können, bis zum Renteneintrittsalter ohne Einschränkungen arbeiten zu können. Die Antworten unterscheiden sich zum Teil deutlich in Abhängigkeit von Branche, Berufsgruppe und Beschäftigungsverhältnis. So gehen nur 24 Prozent aller Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter davon aus, bis zur Rente durchhalten zu können. In der Berufsgruppe der Pflegekräfte sind es nur 20 Prozent, bei den Reinigungskräften sogar nur 15 Prozent.

Der Gesamtindex der Arbeitsqualität liegt im Jahr 2012 bei 61 von 100 möglichen Punkten – und damit im unteren Mittelfeld. Besonders negativ beurteilen die Beschäftigten die Arbeitsintensität und ihr Einkommen. Der Sinngehalt der Arbeit wird dagegen durchschnittlich als gut bewertet. Ein deutlicher Zusammenhang zeigt sich zwischen der Einkommenshöhe und der Bewertung der Arbeitsqualität. Beschäftigte mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von unter 1.500 Euro kommen auf einen Indexwert von 59 Punkten, während der Wert bei einem Einkommen von mehr als 4.000 Euro bei 67 Punkten liegt.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit, dass die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten in vielerlei Hinsicht dringend verbessert werden müssen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bekräftigte vor dem Hintergrund der Befragungsergebnisse die gewerkschaftlichen Forderungen nach einer Stärkung des betrieblichen Gesundheitsschutzes, einer Verbesserung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten sowie der Einführung einer Anti-Stress-Verordnung.

Die Rente mit 67 sei für die meisten Beschäftigten heute unerreichbar und müsse zumindest ausgesetzt werden. Ein sozialpolitischer Skandal bestehe zudem darin, dass die gesundheitlich besonders betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer Erwerbsminderungsrente in den Ruhestand gehen müssen, die weit unterhalb der Grundsicherungsschwelle liegt. Die Befragungsergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit machten deutlich, dass die Verbesserung der Arbeitsqualität oberste Priorität auf der politischen Agenda erhalten müsse, so Michael Sommer.

Der Ergebnisreport zum DGB-Index Gute Arbeit kann auf www.dgb-index-gute-arbeit.de/ bestellt oder als pdf-Datei heruntergeladen werden (<http://bit.ly/11Mpv6x>, Quelle: <http://www.dgb-index-gute-arbeit.de/downloads/publikationen>).

Für Michael Sommers Pressemitteilung zur Veröffentlichung der neuen Index-Zahlen bitte hier klicken: <http://www.dgb.de/-/sFO>